

// ZEITUNG FÜR STUDIERENDE • SOMMERSEMESTER 2017 //



Foto: fotolia

Studieren in Deutschland

## Leben am Existenzminimum

**// Das BAföG soll allen jungen Menschen in Deutschland ein Studium ermöglichen – unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Doch diesen Zweck erfüllt es nur noch mangelhaft. Zu wenige Student\_innen haben Anspruch auf die Förderung, und wenn das Geld doch fließt, dann oftmals nicht in der nötigen Höhe. //**

Zum Wintersemester 2016/17 wurden die maximale Förderhöhe und die Freibeträge des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) erstmals seit 2010 erhöht. Die Bundesregierung hatte die Reform der Ausbildungsförderung zuvor immer wieder vor sich her geschoben. Mit der nun vollzogenen Anpassung wurde nicht mal die Steigerung des Verbraucherpreisindex seit der letzten Erhöhung ausgeglichen. Auch der Kreis der Berechtigten wurde nicht ausgeweitet. So gehen Teilzeitstudent\_innen und Student\_innen jenseits des 30. Lebensjahres weiterhin leer aus. Die BAföG-Reform von 2016 stellt somit einen Rückschritt hinter bereits erreichte Standards dar. Um einen wirklichen Schritt nach vorn zu machen, bedarf es so bald wie möglich einer weiteren deutlichen Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge sowie einer Öffnung der Ausbildungsförderung für bisher ausgeschlossene Student\_innengruppen.

### BAföG-Bericht fällt aus

Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Bedarfssätze und Freibeträge alle zwei Jahre hinsichtlich ihrer Höhe und ihrem Verhältnis zur Einkommensentwicklung zu überprüfen und über die Ergebnisse dieser Prüfung zu berichten. Mit der letzten Novelle des Gesetzes wurde diese

Berichtspflicht für das Jahr 2016 ausgesetzt. Auf diesem Wege wird die in den vergangenen Berichten ohnehin schon unzureichend dargestellte prekäre Finanzlage der Studentinnen und Studenten im Wahljahr weiter verschleierte. Um dennoch eine Debatte über den Zustand des BAföG in den Bundestagswahlkampf zu tragen, haben sich die Gewerkschaften und ihre Jugendorganisationen entschlossen, einen alternativen BAföG-Bericht zu veröffentlichen.

### Zu spät, zu wenig, zu kurz gedacht

Kurz nach ihrem Amtsantritt 2013 hatte Bundesbildungsministerin Wanka eingestanden, dass das „BAföG heute teilweise an der Lebenswirklichkeit vorbei“ gehe. Damals sah sie die Notwendigkeit einer schnellen und umfassenden BAföG-Reform inklusive einer Ausweitung der Förderung auf das Teilzeitstudium und nannte „pauschale Erhöhungsrunden zu kurz gegriffen“. Auch der letzte BAföG-Bericht der Bundesregierung von 2014 kam zu dem Schluss, dass eine Weiterentwicklung des BAföG notwendig sei. Doch weder die Aussagen der Ministerin noch die Erkenntnisse des Berichts von 2014 zogen ernsthafte Konsequenzen nach sich.

Der alternative BAföG-Bericht zeigt nun auf, dass die Studienförderung trotz der 2016 erfolgten Anpassung seit ihrer Einführung den steigenden Lebenshaltungskosten hinterher hinkt. Gemessen an der Preisentwicklung liegt die Förderungssumme aktuell knapp 6,5 Prozent unter dem Niveau der ersten BAföG-Sätze von 1971. Die Erhöhung der Freibeträge wird möglicherweise nicht – wie von der Bundesregierung angestrebt – einen Anstieg der Anspruchsberechtigten um 110.000 bringen, sondern

vielleicht nur ausreichen, um die Zahl der förderfähigen Student\_innen nicht weiter sinken zu lassen. Besonders drastisch zeigen sich die Defizite beim Mietkostenzuschuss. Die aktuell gewährten 250 Euro im Monat decken nicht annähernd die durchschnittlichen Ausgaben der Student\_innen. Diese lagen laut der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes schon 2012 bei monatlich 298 Euro.

### Für eine umfassende Reform

Der alternative BAföG-Bericht zeigt wichtige Leitlinien für eine Reform der Ausbildungsförderung auf. So müssen nicht nur die Bedarfssätze kontinuierlich den Lebenshaltungskosten angepasst, sondern auch die Altersbeschränkungen gestrichen werden. Ebenso unerlässlich ist eine Ausweitung der Förderung auf Teilzeitmodelle. Darüber hinaus muss das BAföG wieder als Vollzuschuss gewährt werden, da die aktuelle Darlehens-Praxis soziale Hürden, gerade für Student\_innen aus nichtakademischen Haushalten, errichtet. Um eine wirkliche Chancengleichheit herzustellen, sollte das BAföG mittelfristig zu einem elternunabhängigen, als Vollzuschuss gewährten Studienhonorar umgewandelt werden.

**Bernd Hahn ist Sprecher des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW Sachsen.**

Der alternative BAföG-Bericht kann auf der Seite der GEW herunter geladen werden:  
[www.gew.de/alternativer-bafog-bericht](http://www.gew.de/alternativer-bafog-bericht)

## Hochschulfinanzierung

# Weiter, weiter ins Verderben ...

**// Die Anzahl der Student\_innen an deutschen Hochschulen ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Vergleich zum Beginn des vergangenen Jahrzehnts um mehr als 50 Prozent gestiegen, und ein Rückgang der Studierwilligkeit unter jungen Menschen ist derzeit nicht abzusehen. Der so massiv gestiegene Finanzbedarf der Hochschulen kann schon lange nicht mehr nur durch die Länder bewältigt werden. Eine dauerhafte und flächendeckende Bezuschussung der Hochschulen durch den Bund findet dennoch nicht statt: Hochschulfinanzierung ist zu einer Fahrt auf Sicht geworden. Geld vom Bund fließt nur in Form von zeitlich und örtlich begrenzten Paktmitteln in die Hochschulen. //**

Der Hochschulpakt III und der Qualitäts-pakt Lehre sind nur zwei der unzähligen

Programme, mit denen Bund und Länder versuchen, den andauernd hohen Finanzbedarf der Hochschulen zu decken. Allein der Hochschulpakt III umfasst zwischen 2016 und 2020 eine Finanzierungsbeteiligung des Bundes in Höhe von 6,25 Milliarden Euro, doch diese Pakte laufen spätestens zum Jahr 2023 endgültig aus. Schon jetzt sind die Hochschulen gezwungen, zusätzlich zu den von Ländern und Bund bereitgestellten Geldern Projektmittel einzuwerben, um die Lehre zu finanzieren. Ohne eine Verstetigung und den Ausbau der Finanzierung der Hochschulen durch den Bund in den kommenden Jahren steht die Hochschulbildung vor dem Kollaps. Sollten die Paktmittel ersatzlos entfallen, steht den deutschen Hochschulen eine Roskur ohnegleichen bevor: Abbau von Personal und Studienkapazitäten im großen Stil wären unausweichlich.

## Weg mit dem Kooperationsverbot!

Eine allgemeine dauerhafte Finanzierung der Hochschulen durch den Bund lässt das Grundgesetz durch das bestehende Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich derzeit nur eingeschränkt zu. Anstatt die prekäre Paktfinanzierung fortzuschreiben, sollten Bund und Länder nach der Bundestagswahl den Mut aufbringen, das Kooperationsverbot aus dem Grundgesetz zu streichen und eine umfassende dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung des deutschen Hochschulwesens auf den Weg zu bringen! Eine Förderung von nur einzelnen Einrichtungen als

sogenannte Bundesuniversitäten würde die Lage in der Fläche nur noch verschärfen.

## Wittenberger Erklärung der GEW

Im Oktober des vergangenen Jahres formulierte die GEW unter dem Titel „Geld her – oder wir schließen...“ die Wittenberger Erklärung mit Forderungen für eine nachhaltige Entwicklung der Hochschulfinanzierung. Diese beinhalten neben dem Ruf nach der Verstetigung der Finanzierungsbeteiligung des Bundes auch Vorschläge für Maßnahmen zur Stärkung des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen. Durch die Schaffung von 50.000 unbefristeten Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Daueraufgaben und 5.500 Tenure-Track-Professuren als Qualifizierungsstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs könnten nicht nur die andauernden Kapazitätsprobleme der deutschen Hochschulen gelöst werden, sondern auch die prekären Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Nachwuchses gelindert und verlässliche Karrierewege für junge Menschen an den Hochschulen geschaffen werden.

Die Wittenberger Erklärung ist unter folgendem Link abrufbar:

[www.gew.de/wissenschaft/wittenberger-erklaerung/](http://www.gew.de/wissenschaft/wittenberger-erklaerung/)  
Bernd Hahn ist Sprecher des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW Sachsen.

## Kommentar

# Weg für Grundfinanzierung frei machen



Foto: Kay Herscheimann

Dr. Andreas Keller

**// Die Lage ist dramatisch. Eine wachsende Mehrheit eines Altersjahrgangs nimmt ein Hochschulstudium auf. Gut so: In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts werden immer komplexere Qualifikationen benötigt. //**

Auf der anderen Seite hält die Finanzierung der Hochschulen mit den steigenden Anforderungen nicht Schritt. In den letzten 15 Jahren ist die Zahl der Studierenden um 50 Prozent gestiegen, die der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer aber nur um 25 Prozent. An den Universitäten kommen inzwischen auf eine Professorin oder einen Professor 67 Studierende – gute Betreuungsrelationen sehen anders aus. Gerade eine oder einer von sieben Studierenden bezieht BAföG, zwei Drittel der Studierenden müssen auch in der Vorlesungszeit regelmäßig jobben. Gleichzeitig bröckelt in vielen der überfüllten Hörsäle der Putz von der Decke – die Kultusministerkonferenz beziffert Sanierungsstau und Investitionsbedarf im Hochschulbau auf 47 Milliarden Euro.

Mit anderen Worten: Deutschlands Hochschulen sind unterfinanziert. Bund und Länder müssten endlich etwas dagegen tun. Sie könnten es auch: Bereits 2014 haben Bundestag und Bundesrat für den Wissenschaftsbereich das Kooperationsverbot im Grundgesetz gelockert. Anders als für die Schulen darf der Bund den Ländern bei der Hochschulfinanzierung unter die Arme greifen – auch auf Dauer und in der Fläche. Aber er tut es nicht.

Stattdessen werden immer neue Bund-Länder-Pakte aus dem Boden gestampft, die für eine begrenzte Zeit Geld ins Wissenschaftssystem spülen: Hochschulpakt, Qualitätspakt Lehre, Qualitätsoffensive Lehrerbildung, Exzellenzinitiative usw.

Hinzu kommt: Bei den meisten Programmen kommen nur wenige ausgewählte Hochschulen zum Zuge, die sich in einem Wettbewerb durchgesetzt haben. Prominentestes Beispiel: die Exzellenzinitiative wird künftig auf unbestimmte Zeit als Exzellenzstrategie weitergeführt. Über eine halbe Milliarde Jahr pumpen Bund und Länder jedes Jahr an ausgesuchte Eliteuniversitäten, um die Spitzenforschung aufzupäppeln. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden mit Zeitverträgen mit immer kürzeren Laufzeiten abgespeist. Und die Studierenden haben gar nichts von der Exzellenzförderung, im Gegenteil: Um sich auf die Spitzenforschung konzentrieren zu können, werden viele Exzellenz-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler von ihrer Lehrverpflichtung befreit.

Das Flickwerk an immer neuen Bund-Länder-Programmen führt nicht weiter. Bund und Länder müssen endlich den erweiterten Spielraum des Grundgesetzes nutzen und gemeinsam den Weg für eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen freimachen. Wir brauchen mehr Studienplätze, bessere Betreuungsrelationen sowie Dauerstellen für Daueraufgaben – Schluss mit dem Hire-and-fire-Prinzip in der Wissenschaft. Außerdem muss sich der Bund endlich wieder im Hochschulbau engagieren, damit Hörsäle, Bibliotheken und Labore modernisiert und neue Flächen geschaffen werden können.

Wir brauchen endlich eine studentische Ausbildungsförderung, die den Namen verdient. Damit Studieren nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, müssen die Fördersätze deutlich erhöht werden. Für die Zukunft muss es eine regelmäßige Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten geben. Das BAföG muss wieder

als Vollzuschuss ausgezahlt werden, weil die Angst vor Schulden viele junge Menschen davon abhält, ein Studium aufzunehmen. Schließlich sollten die Elternfreibeträge deutlich erhöht und das BAföG perspektivisch zu einem elternunabhängigen Studienhonorar ausgebaut werden.

Dr. Andreas Keller ist stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung.

## Bündnis für ein besseres BAföG

Nicht einmal mehr jede/r fünfte Studi bekommt noch BAföG. Und wer es bekommt, muss trotzdem jobben gehen, weil die Förderung hinten und vorne nicht reicht. Steigende Mieten machen zusätzlich das Leben schwer. Ein breites Bündnis will, dass sich das ändert. Dabei sind: die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und deren Bundesstudierendenausschuss (BASS), der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), die DGB-Jugend, die ver.di-AG Studierende, die IG Metall, das Bundeskollektiv der Hans-Böckler-Stipendiat\_innen, die Juso-Hochschulgruppen, CampusGrün, Die Linke.SDS und die Jungen Piraten. Anfang 2017 haben die im BAföG-Bündnis vertretenen Gewerkschaften einen Alternativen BAföG-Bericht vorgelegt. Denn die Bundesregierung wollte sich um eine Debatte über die Ausbildungsförderung drücken: Der sonst alle zwei Jahre erscheinende offizielle BAföG-Bericht fiel 2016 aus – ausgerechnet im Jahr vor der Bundestagswahl. Der Alternative BAföG-Bericht zeigt: Der Reformstau im BAföG ist groß.

[www.gew.de/immer-weniger-bafog](http://www.gew.de/immer-weniger-bafog)

Bundestagswahl

# Hochschulpolitische Wahlprüfsteine

// **BAföG, Hochschulfinanzierung und Studiengebühren – welche Standpunkte werden im Bundestag zu hochschulpolitischen Themen vertreten? Die read.me-Redaktion hat wenige Monate vor der Bundestagswahl bei den bildungspolitischen Sprecher\_innen der Fraktionen nachgefragt. //**



Foto: Büro Stefan Kaufmann

// **Dr. Stefan Kaufmann, Bundestagsabgeordneter, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages //**

**Wie stehen Sie zur Änderung oder Beibehaltung des BAföG?**

Wir wollen das BAföG als soziale Leistung beibehalten und wie bisher auch bedarfsgerecht weiterentwickeln. Seit 2015 kommt der Bund für alle BAföG-Kosten auf. Wir haben zum 1.8.2016 die Leistungen deutlich angehoben und verbessert. In Zukunft wollen wir das BAföG v. a. noch familienfreundlicher machen.

**Soll sich der Bund dauerhaft und flächendeckend an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen?**

Obwohl die Grundfinanzierung der Hochschulen ureigene Aufgabe der Länder ist, entlastet der Bund hier in Milliardenhöhe, z. B. mit dem Hochschulpakt 2020. Allein die Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund bringt 1,17 Mrd. Euro mehr für die Länder pro Jahr. Die Länder müssen diese neuen Freiräume auch tatsächlich für ihre Hochschulen nutzen.

**Wie stehen Sie zur Forderung nach uneingeschränktem Zugang zum Masterstudium für alle Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiums?**

Eine möglichst hohe Transparenz und Durchlässigkeit im Bildungssystem sind wichtig. Insbesondere bei der wechselseitigen Anerkennung von Abschlüssen sind Hochschulen, Länder und KMK gefordert. Ein „Master für alle“ ist im heutigen Studiensystem weder sachgerecht noch finanzierbar.

**Wie stehen Sie zu Studiengebühren?**

Über die Erhebung von Studiengebühren entscheiden die Länder. Sie können die Finanzausstattung der Hochschulen verbessern und damit auch die Studienbedingungen. Wir als Union im Bund wollen unser Land bei Bildung und Forschung dauerhaft stärken und haben seit 2005 die Investitionen in diesem Bereich mehr als verdoppelt.



Foto: Katja-Julia Fischer

// **Nicole Gohlke, Bundestagsabgeordnete, Wissenschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE //**

**Wie stehen Sie zur Änderung oder Beibehaltung des BAföG?**

Das BAföG muss endlich wieder zu einer verlässlichen Studienfinanzierung werden: Bedarfssätze und Freibeträge müssen sofort um mindestens 10 Prozent erhöht und zukünftig automatisch an die Preis- und Einkommensentwicklung angepasst werden; außerdem sollte das BAföG wieder ein Vollzuschuss sein und die Altersgrenzen gehören abgeschafft.

**Soll sich der Bund dauerhaft und flächendeckend an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen?**

Die jahrelange Unterfinanzierung der Hochschulen ist mittlerweile überall sichtbar: Es fehlt an unbefristetem und adäquat bezahltem Lehrpersonal, es fehlt an der Ausstattung von Bibliotheken und Hörsälen und an bezahlbarem studentischem Wohnraum. Unter diesen Bedingungen sind gute Lehre und Forschung kaum mehr möglich. Statt der kurzfristigen Politik der Pakte sollte sich der Bund langfristig an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen.

**Wie stehen Sie zur Forderung nach uneingeschränktem Zugang zum Masterstudium für alle Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiums?**

Absolut dafür. Jede\_r Studierende sollte den Abschluss machen können, den er/sie möchte – die zum Masterstudium vielfach willkürlichen zusätzlichen Zugangsvoraussetzungen gehören abgeschafft.

**Wie stehen Sie zu Studiengebühren?**

Studiengebühren in jedweder Form – ob als nachgelagerte, Zweitstudiumsgebühren oder solche für ausländische Studierende – sind unsozial und haben einen abschreckenden Effekt auf finanziell schlechter gestellte junge Menschen. Ich bin froh, dass sie seit 2013 endlich in ganz Deutschland Geschichte sind und von der Studierendenbewegung weggekämpft wurden. Jegliche Diskussionen über eine Wiedereinführung finde ich unerträglich.



Foto: Archiv Rossmann

// **Dr. Ernst Dieter Rossmann, Bundestagsabgeordneter, Stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Fraktion //**

**Wie stehen Sie zur Änderung oder Beibehaltung des BAföG?**

Das BAföG ist ein zentrales Instrument zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit in unserem Land und ein sozialdemokratisches Erfolgsprojekt. Wir wollen die Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter ein gemeinsames Dach BAföG PLUS bringen und das Studierenden-BAföG durch höhere Einkommensgrenzen weiter öffnen und modernisieren, z. B. durch bessere Förderung bei mehr Flexibilität in Studienverläufen.

**Soll sich der Bund dauerhaft und flächendeckend an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen?**

Ja, denn wir wollen die befristeten Mittel der Wissenschafts- und Hochschulpakete auch nach 2019/2020 für die Wissenschaft erhalten und in eine verlässliche und dauerhafte Finanzierungsarchitektur überführen. Unsere Hochschulen brauchen eine verlässliche Grundfinanzierung, für eine bessere Personalausstattung und für bessere Lehrbedingungen.

**Wie stehen Sie zur Forderung nach uneingeschränktem Zugang zum Masterstudium für alle Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiums?**

Für uns ist klar, dass jede und jeder Studieninteressierte nach einem Bachelor-Studium einen direkten Zugang zu einem Master-Studiengang haben sollte. Gleichzeitig wollen wir die Attraktivität des Bachelors als berufsqualifizierenden akademischen Abschluss steigern, etwa über einen Zugang zum höheren Dienst.

**Wie stehen Sie zu Studiengebühren?**

Wir lehnen Studiengebühren ab. Im Gegenteil setzen wir uns über den akademischen Bereich hinaus für eine allgemeine Gebührenfreiheit in der Bildung ein. Der Geldbeutel darf nicht über die Bildungschancen in unserem Land entscheiden.



Foto: Stefan Kaminski

// **Kai Gehring, Bundestagsabgeordneter, Wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen //**

**Wie stehen Sie zur Änderung oder Beibehaltung des BAföG?**

Die 25. BAföG-Novelle hat zwar Verbesserungen gebracht, die aber nicht Schritt halten mit der Preis- und Einkommensentwicklung. Darum wollen wir noch 2017 weitere Verbesserungen erreichen. Darüber hinaus wollen wir das BAföG perspektivisch zu einer Studienfinanzierung aus zwei Säulen von Vollzuschüssen erweitern.

**Soll sich der Bund dauerhaft und flächendeckend an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligen?**

Die Grundgesetzänderung, die vor zwei Jahren in Kraft getreten ist, ermöglicht dauerhafte Kooperationen in der Wissenschaft. Das wollen wir unter anderem nutzen für eine langfristige und nachhaltige Investitionsstrategie für die Infrastrukturen des Wissens, die bessere Bauten und Ausstattung bringt. Auch wollen wir bessere Studien-, Lehr- und Arbeitsbedingungen erreichen.

**Wie stehen Sie zur Forderung nach uneingeschränktem Zugang zum Masterstudium für alle Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiums?**

Wir wollen keinen Masterzwang, sondern Masterplätze für alle, die Master studieren wollen. Das bedeutet aber auch, attraktive Einstiegsbedingungen für Absolventinnen und Absolventen mit Bachelorabschluss zu schaffen.

**Wie stehen Sie zu Studiengebühren?**

Wir lehnen Studiengebühren ab. Da ist noch viel zu tun: Sachsen erhebt Gebühren für internationale Studierende. Gleiches plant Baden-Württemberg. Thüringen nimmt Gebühren von Studierenden, wenn sie die Regelstudienzeit um vier Semester überschreiten. In vielen anderen Ländern zahlt man für das Zweitstudium. Wir brauchen keine zusätzlichen Hürden vor den Hörsälen, sondern mehr gesellschaftliche Vielfalt an den Hochschulen.

Interview mit Professor Dr. Micha Brumlik

# Rechtspopulismus an Hochschulen – neue intellektuelle Rechte

**// Auf den Straßen und in den Wahlkabinen wächst weltweit die Zustimmung für rechte Gruppierungen. Die read.me-Redaktion hat mit Micha Brumlik über Gründe und die Rolle rechter Intellektueller gesprochen. //**

**Die wachsende Zustimmung zum Rechtspopulismus scheint global kein Ende zu nehmen. Wie kam es dazu?**

Das hängt damit zusammen, dass in den meisten so genannten westlichen Staaten ein großer Teil der wahlberechtigten Bevölkerung schon seit etwa 20 Jahren nicht mehr zur Wahl gegangen und die empfundene Ungleichheit immer größer geworden ist. Dabei ist insgesamt der materielle Wohlstand keineswegs geringer geworden. Es geht also mehr um eine als empörend wahrgenommene stärkere Ungleichheit, die durch die Prozesse von Globalisierung und Digitalisierung weiter verstärkt wird.

**Auch die einst als revolutionäres Subjekt erhoffte Arbeiter\_innenklasse hat es historisch versäumt, dem etwas entgegenzusetzen, vielmehr wählen heute auch Gewerkschafter\_innen die AfD. Wie erklären Sie sich das?**

Ich erkläre mir das damit, dass – so genial und hellsichtig Karl Marx und die auf ihn folgenden Theoretikerinnen und Theoretiker das Kapitalverhältnis analysiert haben – sie doch von einer falschen, weil zu optimistischen Revolutionstheorie ausgegangen sind. Mir scheint es so, dass der kapitalistisch grundierte Sozialstaat das Beste ist, was die Arbeiterklasse historisch bisher erreichen konnte. Dieser Sozialstaat ist in beinahe allen westlichen Ländern seit mehr als 20 Jahren durch die neoliberale Politik unter Druck geraten und hat Unsicherheiten sowie verdüsterte Zukunftsaussichten vor allem für den Nachwuchs dieser Bevölkerungsschichten produziert.

**Es ist kein Geheimnis, dass die Feinde der freien Gesellschaft nicht nur am rechten Rand sitzen, sondern ihre Zustimmung immer aus der Mitte der Gesellschaft ziehen konnten. Neu sind Bewegungen wie die Identitären oder die Alt-Right-Bewegung in den USA, die mit ihrem Auftreten auch neue Gruppen erreichen.**

Ja, das ist richtig. Die Identitären, die nach wie vor eine Minderheit sind, tragen aber einen nicht unbegründeten intellektuellen Anspruch vor sich her. Sie bezeichnen sich nicht als Rassisten, sondern als Ethnopluralisten. Das soll heißen: „Alle Völker sind gleichwertig, aber sie sollen sich bitte nicht vermischen.“

**Von welchen Theorien leitet sich diese Ideologie ab?**

Ich konnte zwei Denkschulen ausmachen, auf die sich diese Leute berufen. Einerseits ist es der bedeutende Philosoph Martin Heidegger, der sich dem Nationalsozialismus angedient hat. Auf der anderen sind es so genannte eurasische Denker, die eine neue Raumbegrenztheit der Politik einklagen und dann etwa den Wert von Grenzen, natürlichen und künstlichen Grenzen, für die kulturelle Homogenität von Völkern hervorheben.

**Wen schaffen die neuen Rechten damit anzusprechen? Wie würden Sie die Anhängerschaft charakterisieren?**

Das werden wir sehen. Es gibt einzelne Hochschulen, an denen sich bereits von den Identitären geprägte AfD-Hochschulgruppen formieren. In Kassel etwa konnten sie bereits einen Vertreter in das Studierendenparlament entsenden. Es ist gut möglich, dass sie sich, so wie auch in der gesamten Gesellschaft und im politischen Bereich, auch in den Universitäten etablieren werden und dort den Versuch unternehmen wollen, die Köpfe hellerer Studierender zu gewinnen.



Prof. Dr. Micha Brumlik

**Angehörige der Hochschulen sind nun nicht diejenigen, die man sich als typische Modernisierungsverlierer\_innen oder als Abstiegsbedrohte imaginiert.**

Modernisierungsverlierer\_innen im engeren Sinne sind das nicht. Aber man kann allgemein und nicht nur in Deutschland unter den so genannten Mittelschichten eine wachsende Beunruhigung verzeichnen, dass die eigene und vor allem die Zukunft der eigenen Kinder nicht mehr gesichert ist. Das war zur Zeit meiner Eltern noch anders. Die Zurechnung für die Verursachung dessen geht einerseits auf die bereits genannten Prozesse von Digitalisierung und Globalisierung zurück sowie auf die Sorge, dass Immigrierte den „eigenen Leuten“ Lebenschancen und Arbeitsplätze wegnehmen könnten.

**Jüngst wurde im Anschluss an das Buch „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon diskutiert, inwiefern linke Intellektuelle den Rest der Gesellschaft vergessen und sich in die Nachhaltigkeits- und Diversitätspolitik zurückgezogen haben. Haben die linken Intellektuellen Mitschuld an dem Aufstieg der Rechten?**

Ich weiß nicht, ob das die linken Intellektuellen sind; ich weiß auch nicht, ob man da von Schuld sprechen kann. Richtig ist aber, dass hierzulande, sowohl in der Sozialdemokratischen Partei als auch bei den Grünen, die Frage der sozialen Gerechtigkeit seit Schröder und Fischer eine immer geringere, wenn nicht gar völlig vernachlässigte Rolle gespielt hat. In der Sozialdemokratie ist das nach wie vor ein Problem. Die Grünen scheinen sich dazu entschlossen zu haben, dieses Thema erst gar nicht in besonderer Weise aufzunehmen – sie kümmern sich um die ökologische Frage.

**Was ist Ihrer Meinung nach die Aufgabe der gesellschaftlichen Linken außerhalb des Parlaments, um diesem Rechtsschwenk etwas entgegenzusetzen?**

Sie muss sich politisch im Angesicht der Parteien genau für eine übernationale, sprich europäische, keynesianische, arbeitsplatzfördernde Politik einsetzen, sie muss aber, wie ich inzwischen glaube, auch die argumentative, die intellektuelle Auseinandersetzung mit den identitären Kräften suchen. Es kann also nicht angehen, dass etwa die Hochschulgruppe der AfD in Frankfurt am Main damit wirbt, Sophie Scholl würde heute AfD wählen. Dem ist mit solider historischer Dokumentation und Argumentation entgegenzutreten.

**Was wünschen Sie sich von den Gewerkschaften, um den Erfolg der Rechten zu stoppen?**

Das gilt jetzt weniger für die GEW als für die Industriegewerkschaften: Ich wünsche mir vor allem, dass sie sehr viel offensiver in den eigenen Kreisen, in den Fortbildungen der Funktionäre und auch bei öffentlichen Auftritten, etwa am 1. Mai, gegen die Rechtskräfte auftreten. Aber eben auch im gewerkschaftlichen Bereich argumentativ auf Mitglieder eingehen, die glauben, dass es sinnvoll ist, die Rechtskräfte zu wählen oder zu unterstützen.

**Prof. Dr. Micha Brumlik war bis 2013 Professor am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main und ist seit 2013 Senior Advisor am Zentrum Jüdische Studien Berlin/Brandenburg.**

**Die Fragen stellte Matthias Schröder, Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW.**



Foto: fotolia

Gedenktafel auf dem Römerberg in Frankfurt am Main.

Historische Dimensionen der akademischen Rechten

# Wissenschaft von rechts

**// Rechtsextreme Denkweisen werden häufig in sozialen Randgruppen vermutet, seltener in akademischen Milieus, deren Angehörige, so vermutet man ebenfalls, besonders vernunftgeleitet seien. Der folgende Beitrag von Gisela Notz belegt das Gegenteil: Anfälligkeit für Rechtsextremismus ist ein fester Bestandteil der deutschen Hochschultradition und eines lange Zeit vorherrschenden Bildungsverständnisses. //**

Seit einigen Jahren beobachten Studierende an Universitäten, dass Jungnationale zu AstA-Wahlen antreten und bei politischen Abenden um Kommiliton\_innen werben oder gezielt kritische Veranstaltungen stören. Wie viele junge Leute – oder auch Professor\_innen – es genau sind, die rechten Ideen anhängen, ist nicht bekannt. Aktuelle Diskussionen um Rechtsextremismus nehmen die Situation an den Hochschulen nur selten in den Blick, rechtsextreme Burschenschaften werden kaum problematisiert. Weit verbreitet ist die Ansicht, dass es sich bei den Rechtsextremen um vorwiegend junge Männer aus „bildungsfernen“ Elternhäusern handele.

### Universitäten als Domäne männlicher deutscher Eliten

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren Frauen eine höhere Bildung und das Universitätsstudium in Deutschland verwehrt. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten und den USA war Deutschland das letzte Land, das Frauen 1908/1909 das Immatrikulationsrecht gewährte. Vorausgegangen war ein langer Kampf, den vor allem Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung führten. Die Kommilitonen begrüßten die Frauen „mit scharrenden Füßen und Pfiffen“. Arbeiter-töchter hatten es noch schwerer als Arbeiter-

söhne. Von den 314 ersten Bonner Studentinnen war in den Wintersemestern 1908/09 und 1910/11 lediglich ein Prozent Töchter von Bauern; Arbeitertöchter gab es keine. Im Wintersemester 1914 stammten nur 0,2 Prozent der Studentinnen aus Arbeiterfamilien.

### Rechtsradikalisierung der Universitäten

Pseudowissenschaftliche Theorien, die eine Überlegenheit bestimmter „Rassen“ zu belegen versuchten, erreichten bereits um 1900 ihren Höhepunkt. Studierende sammelten sich in antisemitischen Studentenverbindungen, wie dem auf dem Höhepunkt der antijüdischen Agitation 1881 gegründeten Verein Deutscher Studenten (VDS). Der Verein schlug einen scharf nationalistischen Ton an und gelobte, das Deutschtum, die Monarchie und das Christentum zu verteidigen. Mit seiner Gründung im Jahre 1926 sammelte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) das völkische Potenzial unter den Studierenden. Als Gliederung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) für Studierende sollte er in deren Auftrag die weltanschauliche Schulung der Studierenden im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie übernehmen. Ab Ende der zwanziger Jahre lässt sich von systematischem und alltäglichem Terror nationalsozialistischer Studenten sprechen. Die NS-Studenten verbanden völkischen Nationalismus und Antisemitismus mit kruden sozialpolitischen Parolen. „Arbeitslosigkeit, Aussichtslosigkeit und die Verjudung der Hochschulen usw. sind die Errungenschaften der letzten 13 Jahre“, hieß es 1932 im Programm. Die antisemitische Rhetorik des Bundes stieß auf Resonanz. Die im Dezember 1928 ins Studierendenparlament eingebrachte Forderung eines Numerus clausus für „fremdblütige Studenten“ wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Führer der Hochschulgruppen agitierten in Flugblättern und Zeitschriften gegen jü-

dische und kommunistische Kommilitonen und gegen politisch unliebsame Dozenten und Professoren. Sie initiierten Vorlesungsboykotte und Krawalle. Im November 1929 existierten reichsweit 38 Hochschulgruppen, 1931 hatte der NSDStB den Vorsitz der Deutschen Studentenschaft (DSt), der reichsweiten Vertretung der Studierenden, übernommen. An nahezu allen Universitäten stellte der NSDStB den Allgemeinen Studentenausschuss (AstA). Im April 1933 trat – nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler – das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ in Kraft. Es richtete sich zunächst gegen jüdische Studierende; dann auch gegen politisch unerwünschte Kommunisten, Sozialdemokraten und Nonkonformisten und schränkte den Hochschulzugang von Frauen ein.

### Bücherverbrennungen an den Hochschulen

Im April 1933 initiierte die Deutsche Studentenschaft unter Führung des NSDStB die „Aktion wider den undeutschen Geist“, die in allen Universitätsstädten anrief. In Berlin plünderten Sportstudenten Anfang Mai 1933 auf Trompetensignal das 1919 gegründete Institut für Sexualwissenschaften und transportierten 15 Zentner Literatur aus der weltweit bekannten Fachbibliothek, die sie zum Studentenhaus in der Oranienburger Straße brachten. Am 10. Mai wurden Teile der Literatur aus dem Studentenhaus in einem Zug durchs Brandenburger Tor zum heutigen Bebelplatz gebracht und verbrannt. Ab Mitternacht hielt Propagandaminister Goebbels eine Rede an „meine Kommilitonen“. Am gleichen Tag gab es auch Bücherverbrennungen auf dem Bonner Marktplatz und an der Universität in Göttingen die von einem gewaltigen Fackelzug begleitete Verbrennung eines „Bergs von Unrat und Ungeist“, der der „verdienten Vernichtung zufallen“ sollte.

### Kein Ende des Rechtsextremismus nach 1945

Obwohl sich während der NS-Zeit tätige Dozierende nach 1945 einer so genannten Entnazifizierung unterziehen mussten, konnten die meisten ihre Karriere an den Universitäten fortsetzen. Immer wieder warben Burschenschaften in einschlägigen Publikationsorganen der extremen Rechten für ihre Ideologie. Es dauerte bis Ende der 1960er Jahre, bis sich Studierende an den westdeutschen Universitäten zur außerparlamentarischen Opposition formierten und gegen die erste Große Koalition aus SPD und CDU/CSU, gegen die Notstandsgesetze, gegen den Krieg in Vietnam demonstrierten. „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ stand auf dem Transparent, das am 9. November 1967 zur Rektoratsübergabe von Hamburger Studenten in der Öffentlichkeit enthüllt wurde. Mit dem Slogan wollten sie darauf aufmerksam machen, dass die Hochschulen sich bislang vor der Aufarbeitung ihrer Rolle im NS-Faschismus („1000-jähriges Reich“) gedrückt hatten. Der Ordinarius für Islamkunde Bertold Spuler kommentierte die Aktion, indem er den Studenten zurief: „Sie gehören alle ins Konzentrationslager!“ Ebenfalls 1967 gründete die NPD-Hochschulorganisation den Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB). Zur gleichen Zeit machte ein „Arbeitskreis Nationalisten in der Deutschen Burschenschaft“ (DB) damit Werbung, dass in „nahezu jeder bundesdeutschen und österreichischen Hochschulstadt“ mindestens eine Burschenschaft ansässig sei, „die ihren Mitgliedern Alternativen zum BRD-System und dessen furchtbaren Auswirkungen in der Universitätslandschaft bieten“ könne. Die Wissenschaft war schon immer Nährboden für Rechts. Heute ist es nicht nur der „rechte Rand“, der schreckliche Erinnerungen weckt; rechtsextremer Geist wie bei der Alternative für Deutschland (AfD), die überwiegend aus akademischem Personal besteht, formiert mittlerweile in mehreren Städten Hochschulgruppen und ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

**Dr. Gisela Notz lebt und arbeitet freiberuflich in Berlin, bis 2007 war sie wissenschaftliche Referentin für Frauenforschung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie ist Redakteurin bei Lunapark21 und Mitglied im Beirat des BdWi.**

## Wenn die Hochschule zur Hassfabrik wird

Dass ein Sprecher des israelischen Außenministeriums sich zu einer Hochschule in Hildesheim äußert, dürfte selten sein. Im Falle der dortigen Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst hatte der Minister freilich seine Gründe: Über zehn Jahre hinweg wurde in einer Lehrveranstaltung zur „sozialen Lage von Jugendlichen in Palästina“ auf der Basis von Materialien gearbeitet, die teilweise verdeckte, mitunter unverblümt antisemitische Ressentiments verbreiteten. Während Studierende und Externe die Lehrveranstaltung kritisierten, wollte die Präsidentin der Hochschule, Christiane Dienel, von dieser Kritik partout nichts wissen. Der Senat der Hochschule sah sich daher gezwungen, sie aus dem Amt zu entheben. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst ließ Ende letzten Jahres ein Gutachten über die Lehrveranstaltung einholen, um eine offene Auseinandersetzung überhaupt erst möglich zu machen. In ihrem Gutachten bestätigte Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum vom Zentrum für Antisemitismusforschung die Kritik und problematisierte zudem das (mittlerweile veränderte) Curriculum der Hochschule. sl

## Grünes Licht für Studiengebühren?

Unter Theresia Bauer (Bündnis 90/Die Grünen) führt Baden-Württemberg derzeit wieder Studiengebühren ein. Nach Vorschlag der grünen Ministerin sollen Studierende aus Nicht-EU-Ländern mit 1.500 Euro und sämtliche Studierende im Zweitstudium mit 650 Euro pro Semester zur Kasse gebeten werden. Proteste bleiben nicht aus. Studierendenvertretungen und viele Jugendverbände wenden sich gegen die Gebührenpläne der Ministerin. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kritisiert Studiengebühren jeder Art als von Grund auf falsch, der studentische Dachverband freier Zusammenschluss von studentInnen-schaften (fzs) bezeichnet die Ausländermaut als eine Praxis des institutionellen Rassismus. Einer Besetzung des Freiburger Audimax folgten weitere Demonstrationen in Stuttgart und Heidelberg. Aber auch aus den eigenen Reihen erntet Bauer Kritik. „Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger sind eine hochschul-, wirtschafts- und sozialpolitisch kontraproduktive Weichenstellung“, erklärte der Bundestagsabgeordnete Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) und bedauerte das Gesetz ausdrücklich. sl

## Zulassungsschaos jetzt auch in der Medizin

Jedes Jahr fehlen zehntausende Studienplätze. Und jedes Jahr bleiben zwischen 10.000 und 20.000 Studienplätze in Mangelfächern frei, Masterstudienplätze nicht mitgezählt. Das Vergabeverfahren für Studienplätze funktioniert so schlecht, dass zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber leer ausgehen, obwohl für sie eigentlich ein geeigneter Studienplatz zur Verfügung stünde. Bereits vor einem Jahr haben die Länder einen neuen Staatsvertrag über die Hochschulzulassung abgeschlossen. An den genannten Problemen allerdings ändert der nichts: Die Beteiligung an dem System ist weiter freiwillig, und die Schnittstellenprobleme der verwendeten Software bleiben. Neu ist, dass auch Medizin- und Pharmazie-Studienplätze, bisher noch nach der alternativen Studienplatzvergabe verteilt, ab dem Wintersemester 2018/19 über das sogenannte Dialogorientierte Serviceverfahren vergeben werden. Dabei sollen bei der „Wartequote“ künftig nicht mehr die Jahre zwischen Abitur und Studienbeginn, sondern nur noch tatsächliche Bewerbungssemester gezählt werden. sos

## Akkreditierungsstaatsvertrag – Chance oder Verschlimmbesserung?

Die Kultusministerkonferenz einigte sich im Dezember 2016 auf den Entwurf eines Staatsvertrages zur Neuordnung des Akkreditierungswesens. Seit das Bundesverfassungsgericht im März des vergangenen Jahres sein Urteil zur Grundgesetzwidrigkeit der bisherigen Akkreditierungspraxis veröffentlicht hat, stehen die Bundesländer unter Zugzwang. Um bis spätestens 31. Dezember 2017 eine verfassungskonforme Regelung zur externen Qualitätssicherung an Hochschulen zu schaffen, einigte sich die Kultusministerkonferenz (KMK) auf einen Akkreditierungsstaatsvertrag. Doch die große Chance auf ein einheitliches Verfahren mit bundesweit identischen Qualitätsstandards wurde vertan, stattdessen sind die privaten Akkreditierungsagenturen weiterhin für die Organisation und Durchführung der Begutachtungen verantwortlich. Lediglich die abschließende Entscheidung wird zukünftig der Akkreditierungsrat auf Grundlage der von den Agenturen verfassten Berichte fällen. Damit hat die KMK das Akkreditierungswesen gerade nur soweit verschlimmbessert, wie es nötig war, um den Forderungen der Verfassungsrichter gerecht zu werden. bh

## Rückmeldegebühren in Brandenburg verfassungswidrig

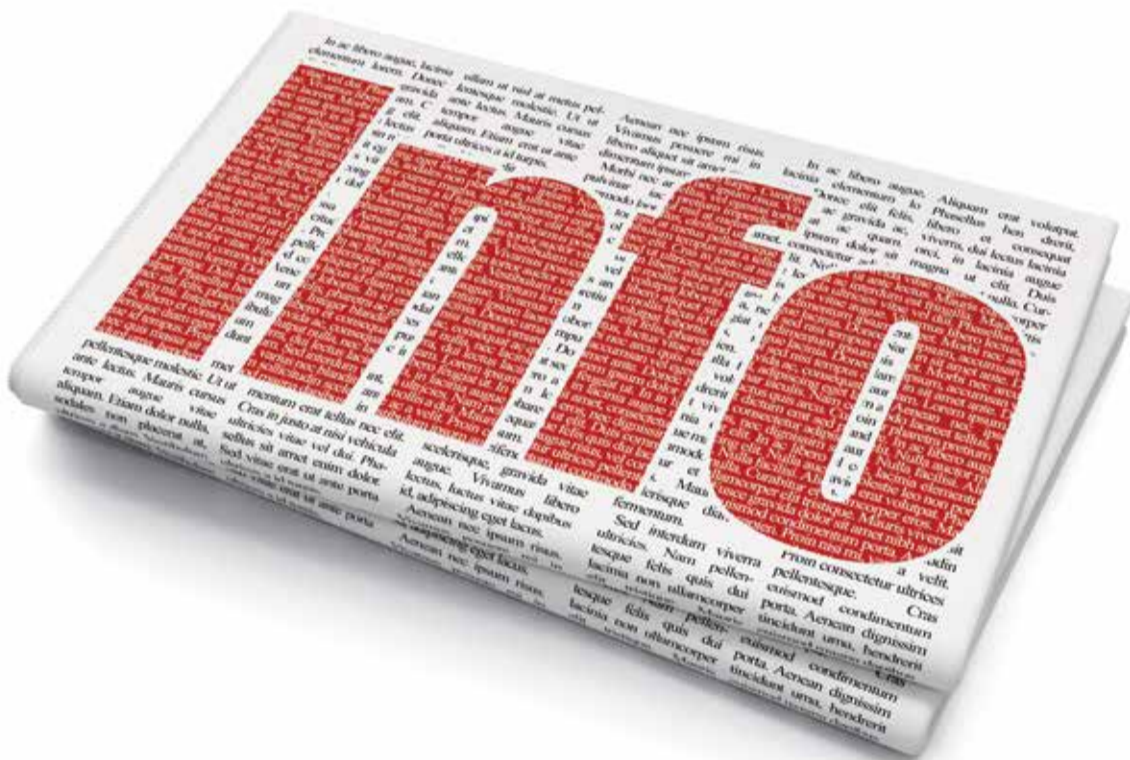
Die Rückmeldegebühren an den Brandenburger Unis waren jahrelang zu hoch. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Januar festgestellt. Die tatsächlichen Verwaltungskosten einer Rückmeldung hätten nur etwa 20 Euro betragen, die Hochschulen hatten zwischen 2000 und 2008 aber 51 Euro pro Semester kassiert. Dies sei ein „grobes Missverhältnis“, befanden die Richter. Gegen die Gebühren hatten mehrere Studierende mit Unterstützung der GEW geklagt. Allerdings: Das Urteil ist nicht einfach auf andere Hochschulen übertragbar. Häufig werden nicht nur Rückmeldegebühren, sondern allgemeine Verwaltungskostenbeiträge kassiert – dann kann auch ein höherer Betrag verfassungskonform sein. Ob und wie die Studierenden in Brandenburg ihre Gebühren zurück erhalten, muss jetzt vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg geklärt werden. sos

## GEW arbeitet ihre Geschichte auf

Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen durch den Historiker Jan Kellershohn will die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ihre Gründungsgeschichte nach dem zweiten Weltkrieg und der folgenden Jahre erforschen lassen. Dafür hatte sich nicht zuletzt der Bundesausschuss der Studierenden in der GEW stark gemacht. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe erklärt dazu: „Wir haben die Hinweise des Erziehungswissenschaftlers Benjamin Ortmeier aufgenommen, der der GEW-Spitze in einem persönlichen Gespräch interessante Informationen und einen Impuls gegeben hat, diese große und wichtige Aufgabe anzugehen. Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen. Deshalb werden wir die Forschungsergebnisse ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Im Rahmen dieses Projekts soll auch zur Vita des ersten GEW-Vorsitzenden Max Traeger geforscht werden.“ ms

## Studentische Beschäftigte in Berlin machen ernst

Tarifverträge für studentische Beschäftigte an Hochschulen zu erkämpfen gilt als hartes Unterfangen. Dass es dennoch geht, belegen GEW und ver.di in Berlin mit dem bundesweit einmaligen Tarifvertrag TV Stud. Zum 30-jährigen Bestehen zeigt sich die studentische Tarifinitiative kämpferisch und forderte die Arbeitgeber\_innen zu neuen Verhandlungen auf. Um mit der Inflation und anderen Beschäftigten mithalten, soll der Lohn auf 14 Euro pro Stunde ansteigen. Auch die sonst übliche Jahressonderzahlung wollen die Wissensarbeiter\_innen als eine von 14 Forderungen zurückhaben. Rückenwind geben fast 900 in die Gewerkschaften eingetretene Kolleg\_innen und eine erfolgreiche Kampagne. Diese hat so viel Druck aufgebaut, dass die frisch gewählte rot-rot-grüne Regierungskoalition den Hochschulen die Mittel für Lohnerhöhungen bereitstellen will. **Aktuelle Informationen: [tvstud.berlin](http://tvstud.berlin)** ms





Situation in der Türkei

# Die AKP-Regierung betreibt eine Hexenjagd



Foto: Canan Topçu

Sakine Yılmaz, ehemalige Generalsekretärin der GEW-Partnergewerkschaft Eğitim-Sen

**// Massenentlassungen von Lehrkräften, politische Verfolgung von Kritikerinnen und Kritikern: So scheint der Alltag in der Türkei auszusehen. Sakine Yılmaz, ehemalige Generalsekretärin der GEW-Partnergewerkschaft Eğitim-Sen, bestätigt den Eindruck im Interview. //**

**Frau Yılmaz, Sie leben seit August in Deutschland und haben Asyl beantragt. Warum?**

Eines vorweg: Ich wäre viel lieber in meinem Land als hier. Ich habe die Türkei verlassen, um mich vor Repressalien zu schützen und nicht im Gefängnis zu landen. Am 8. April erfuhr ich, dass ich wegen Teilnahme an einer Kundgebung zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt worden bin. Ich wusste, was mir bevorsteht. Ich war ja schon mehrmals im Gefängnis. Daher bin ich noch am selben Tag untergetaucht; bis ich das Land verlassen konnte, dauerte es noch ein paar Monate, durch den Putschversuch am 15. Juli verzögerten sich die Pläne. Mit mir zusammen sind inzwischen rund 290 Mitglieder der Lehrgewerkschaft Eğitim-Sen im Exil.

**Warum sind Sie verurteilt worden?**

Ich bin nur eine von vielen, der unterstellt wird, eine Terrororganisation zu unterstützen. Die AKP-Regierung (Adalet ve Kalkınma Partisi = AKP, Partei für Gerechtig-

keit und Aufschwung) betreibt eine Hexenjagd gegen alle ihre Kritiker. Demokraten, Sozialisten, Laizisten und Kurden – allen, die sich für eine friedliche Lösung des Kurdenkonflikts engagieren, wird das Leben sehr, sehr schwer gemacht. Die Menschen werden schikaniert und mit allen Mitteln daran gehindert, ihre Stimme gegen die Machenschaften von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan zu erheben. Wer sich für den Frieden mit den Kurden einsetzt, gilt als Anhänger der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, Arbeiterpartei Kurdistans), als Unterstützer einer terroristischen Organisation und Staatsfeind.

**Wie schätzen Sie die aktuelle Lage in der Türkei ein?**

Ich habe kein Vertrauen mehr in den türkischen Staat. Inzwischen ist dort alles möglich. Auch die Verhaftung von demokratisch gewählten Politikern wie von kurdischen Bürgermeistern, Parlamentsabgeordneten und nicht zuletzt der Vorsitzenden der kurdischen HDP (Halkların Demokratik Partisi, Demokratische Partei der Völker). Damit schwindet meine Hoffnung, in die Türkei zurückkehren zu können. Offen gestanden sehe ich nur noch schwarz. Erdoğan zettelt einen Bürgerkrieg an und steuert Schritt für Schritt in Richtung Faschismus.

**Überrascht Sie das?**

Nein, es war abzusehen. Alle Repressalien, die dem gescheiterten Putsch folgten, waren lange geplant. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus und der Aufarbeitung des Putschversuches werden diese nun umgesetzt.

**Warum vermuten Sie das?**

Das lässt sich anhand von Fakten schnell rekonstruieren. Meine Gewerkschaft hatte für den 29. Dezember 2015 zu einem landesweiten Streik aufgerufen. Wir wollten auf unsere Forderung aufmerksam machen, dass die türkische Regierung den Friedensprozess mit den Kurden fortsetzen solle. Das Ergebnis war, dass gegen 11.000 Beamtinnen und Beamte im Schuldienst,

die an dem Streik teilnahmen und Mitglieder unserer Gewerkschaft sind, ermittelt wurde. Unter den rund 70.000 Lehrerinnen und Lehrern, die der Staat nach dem Putschversuch suspendierte, sind etwa 13.000 Eğitim-Sen-Mitglieder – darunter auch die 11.000 Lehrkräfte, die sich am Streik beteiligt hatten. Für ihre Suspendierungen suchte die AKP-Regierung nach einer Rechtfertigung. Was auffällt: Betroffen ist das Personal aus dem Osten des Landes, also aus den kurdischen Gebieten.

**Gibt es genaue Zahlen?**

Derzeit dürfen 11.275 Lehrkräfte nicht unterrichten, davon sind 9.400 Eğitim-Sen-Mitglieder; rund 800 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind ohne jegliche Untersuchungsverfahren entlassen worden. Zu ihnen gehört übrigens auch mein Mann. Aus der Gewerkschaftszentrale habe ich erfahren, dass in den vergangenen Wochen mehr als 5.000 Menschen ihre Mitgliedschaft gekündigt haben – vermutlich aus Angst vor Repressalien.

**Wenn so viele Lehrende aus den Schulen geschasst worden sind, wie kann dennoch Unterricht stattfinden?**

Es gibt rund 350.000 Lehrkräfte, die keine Stellen bekommen haben, ein Teil wird nunmehr als Honorarkräfte eingesetzt. Der Schulbetrieb läuft also weiter, wie gut der Unterricht ist, ist eine andere Frage.

**Sakine Yılmaz war von 2011 bis 2014 Frauensekretärin bei Eğitim-Sen, danach bis zu ihrer Flucht nach Deutschland im August 2016 Generalsekretärin. Zuvor arbeitete sie als Lehrerin in Izmir und Adiyaman. Die 39-jährige Kurdin engagierte sich vor allem für eine bessere Bildung der Mädchen und für muttersprachlichen Unterricht kurdischer Schülerinnen und Schüler. Dies ist eine Zweitveröffentlichung des Interviews mit Sakine Yılmaz aus der GEW-Zeitschrift E&W vom 05.12.2016. Die Fragen stellte Canan Topçu.**

Das Dilemma mit dem

# #Unirahmenvertrag

// **Wer an einer Hochschule oder Universität studiert, betrachtet es oft als eine Selbstverständlichkeit: Die für ein Seminar benötigten Texte werden von einer Lernplattform heruntergeladen. Keine Selbstverständlichkeit scheint hingegen das Wissen um die Tatsache zu sein, dass für diese digitale Bereitstellung von Texten eine Vergütung bezahlt werden muss. Zwar nicht für alle Texte, aber für viele.** //

Dieser Umstand ist wenig überraschend. Die digitale Bereitstellung von Texten, das Hoch- und Herunterladen, gehört inzwischen zum Alltag der Lernenden und Lehrenden an Hochschulen und Universitäten. Das Bezahlen einer Vergütung nicht. Wie auch? In der Vergangenheit wurde weder auf der Ebene des Seminars noch auf der Ebene der Hochschulen und Universitäten abgerechnet. Die Bundesländer haben die Rechnung beglichen. Und so lässt sich auch die Empörung erklären, als am 1. November 2016 #Unirahmenvertrag in den Trends bei Twitter auftauchte.

## Was war passiert?

Die Bundesländer und der Bund – vertreten durch die Kultusministerkonferenz (KMK) – haben einen neuen Rahmenvertrag zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a Urheberrechtsgesetz (UrhG) mit der Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) unterschrieben. Dieser Rahmenvertrag wird in der Diskussion als

#Unirahmenvertrag bezeichnet. Bisher wurde die Vergütung für die digitale Bereitstellung von Texten an Hochschulen und Universitäten durch Pauschalzahlungen der Bundesländer an die VG Wort beglichen. Pauschalzahlungen funktionieren wie eine Flatrate für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Texte. Der neue Rahmenvertrag sieht vor, dass es in Zukunft keine Pauschalzahlungen mehr gibt, sondern Einzelabrechnungen. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2013.

Einzelabrechnung bedeutet, dass jeder einzelne digital bereitgestellte Text an die VG Wort gemeldet werden muss. Bezahlt wird dann auch nicht mehr von den Bundesländern, sondern von den Hochschulen und Universitäten selbst. Klingt simpel, ist es aber nicht. Nicht die Vergütung an sich ist das Problem, sondern der Aufwand, der an den Hochschulen und Universitäten betrieben werden muss. Aufwand und Vergütung stehen in keinem vernünftigen Verhältnis.

## Empörung, Chaos und Gerüchte

Nicht nur auf Twitter war die Empörung groß. In Berlin und Lüneburg demonstrierten Student\_innen gegen den #Unirahmenvertrag. Die Hochschulen und Universitäten kündigten in einem historischen Moment der Einigkeit an, dem neuen Rahmenvertrag nicht beizutreten. Auch das Chaos war groß. Viele Gerüchte waren im Umlauf, viele Hochschulen und Universitäten haben es nicht geschafft, ihre Mitglieder ordentlich

über den neuen Rahmenvertrag zu informieren. Unklar war oft auch, welche Konsequenzen es denn genau hat, wenn eine Hochschule oder Universität dem neuen Rahmenvertrag nicht beiträgt.

## Wie geht es weiter?

Anfang Dezember 2016 gab die VG Wort zusammen mit der KMK und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) bekannt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die eine bundesweit einheitliche Lösung für die Abgeltung der urheberrechtlichen Ansprüche der VG Wort erarbeiten wird. Die neue Lösung soll ab 1. Oktober 2017 gelten. Auch wenn das Einrichten der Arbeitsgruppe für Erleichterung gesorgt hat, ist nicht garantiert, dass eine Einigung erzielt werden kann.

Eine weitere Lösung des Problems wäre, das Urheberrecht so zu reformieren, dass eine vernünftige Vergütung der Autor\_innen sichergestellt ist, ohne dass die Digitalisierung an den Hochschulen und Universitäten ausgebremst oder der Zugang zu Wissen beschränkt wird. Wenn weder die Arbeitsgruppe eine Einigung erzielen kann noch das Urheberrecht reformiert wird, gilt ab 1. Oktober 2017 wieder der #Unirahmenvertrag. Mit all seinen Problemen.

**Daniel Gaittet studiert in Regensburg und ist gewähltes Mitglied im Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).**

# GEW: Bildungsgewerkschaft auch für Studierende

// **In der Hochschulpolitik läuft vieles schief – überfüllte Hörsäle, Mager-BAföG und Bologna-Stress. Deswegen stellen wir die Forderung nach guter Bildung für alle! Damit Lehre und Forschung ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, setzen wir uns für eine soziale Öffnung und verbesserte personelle Ausstattung der Hochschulen ein.** //

## Wir stehen für ...

- einen freien Zugang zum Studium – gegen eine Auslese von Eliten!
- unbelastete Ausbildungsjahre – gegen offene und versteckte Studiengebühren!
- ein starkes BAföG – gegen den Leistungsdruck durch Lohnarbeit und Studium!
- ausfinanzierte Hochschulen – gegen Lehre und Forschung am Tropf!
- wissenschaftlichen Weitblick – gegen das Diktat ökonomischer Verwertungsinteressen!

- demokratische Mitbestimmung – gegen Amtswillkür an Hochschulen!
- Gleichstellung und familienfreundliche Hochschulen – alle Studierende gleichermaßen fördern!
- ein Masterstudium für alle – gegen Beschränkungen im Bildungssystem!
- Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung – gegen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Kapitalismus!

## Wir sind keine Sachmittel

Ohne studentische „Hilfskräfte“ läuft nichts an den Hochschulen. In Bibliotheken, Tutorien und Forschung setzt man auf sie. Und wer gute Arbeit leistet, muss auch gut bezahlt werden. Trotzdem werden wir im Etat der Hochschulen als Sachmittel gelistet und erfahren keine gerechte Entlohnung.

Wir kämpfen für tarifvertragliche Regelungen und Entfristungen – und das an allen Hochschulen!

## Mitglied werden lohnt sich

In der GEW wollen wir im Austausch mit Studierenden und Beschäftigten neue bildungspolitische Perspektiven entwickeln. Außerdem bietet dir die GEW Rat bei Fragen zum BAföG, Nebenjob, Praktikum und Berufseinstieg.

Neben den Hochschulgruppen vor Ort gibt es in den Landesverbänden die Landesausschüsse der Studentinnen und Studenten (LASS). Dort treffen sich die Aktiven auf Landesebene, um sich auszutauschen und ihre Arbeit vor Ort zu koordinieren. Darüber hinaus treffen sich Vertreter\_innen der Landesausschüsse regelmäßig im entsprechenden Bundesausschuss (BASS).

**Helena Müller ist studentische Mitarbeiterin beim GEW-Hauptvorstand und studiert an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.**

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Hauptvorstand, Postfach 900409  
60444 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 78973-0, Fax: 069 78973-103  
E-Mail: info@gew.de  
Internet: www.gew.de

### Redaktion:

Dr. Andreas Keller (verantwortlich),  
Katharina Lenuck, Helena Müller,  
Sonja Staack (sos), Bernd Hahn (bh),  
Matthias Schröder (ms), Sven Lehmann (sl)

### Lektorat:

Andrea Vath

### Gestaltung:

Werbeagentur Zimmermann GmbH  
60439 Frankfurt am Main

Druck: apm AG, Darmstadt

März 2017

## Kontakt zu den GEW-Studis in deinem Bundesland

### Baden-Württemberg

lass@gew-bw.de

### Bremen

studis@gew-hb.de

### Niedersachsen

hsg-h@gew-nds.de

### Sachsen

kontakt@lass-sachsen.de

### Bayern

JungeGEWTeam@gew-bayern.de

### Hamburg

gewstudis-hamburg@gmx.de

### Nordrhein-Westfalen

lass@gew-nrw.de

### Schleswig-Holstein

sjoegren@gew-sh.de

### Berlin

lass@gew-berlin.de

### Hessen

studierende@gew-hessen.de

### Rheinland-Pfalz

lass@gew-rlp.de

### Sachsen-Anhalt

lass@gew-lsa.de

### Brandenburg

junge-gew@gew-brandenburg.de

### Mecklenburg-Vorpommern

landesverband@gew-mv.de

### Saarland

jungegew@gew-saarland.de

### Thüringen

lass@gew-thueringen.de